



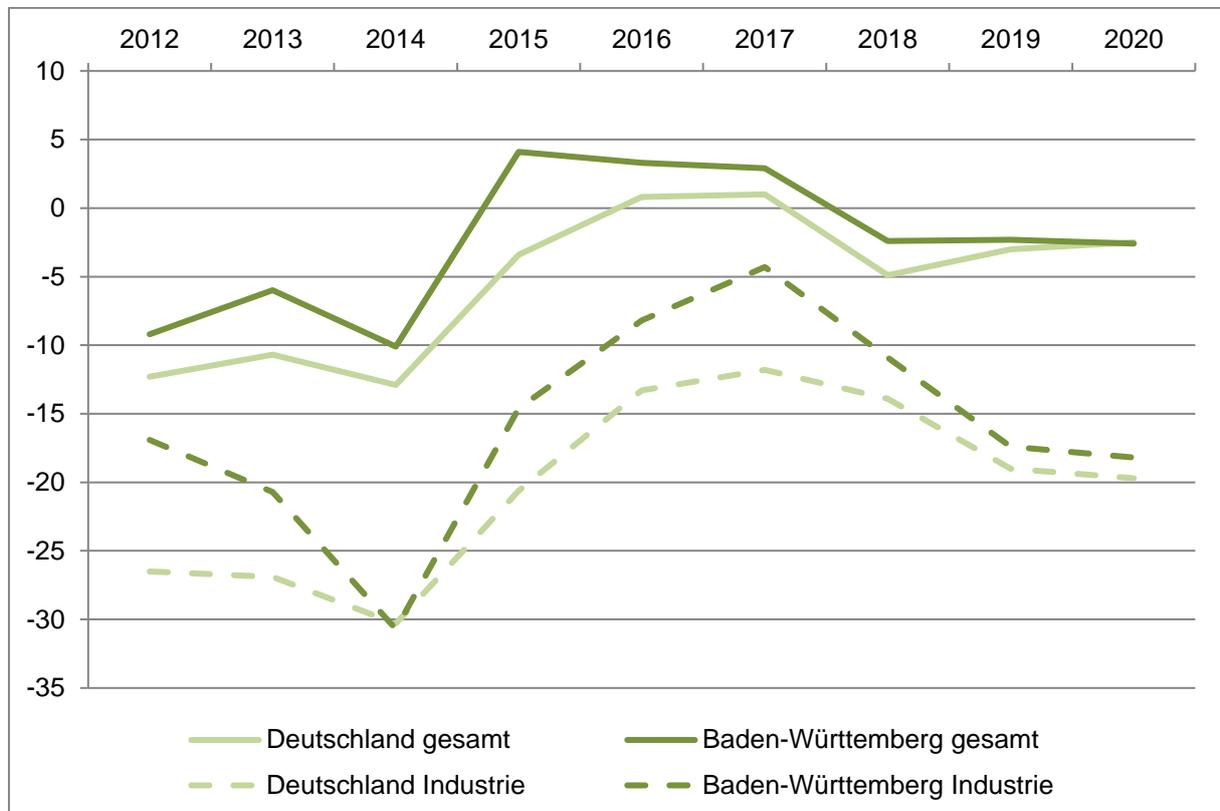
Die Industrie- und Handelskammern
in Baden-Württemberg

DIHK-ENERGIEWENDEBAROMETER
UMFRAGE 2020
2020
Ergebnisse aus Baden-Württemberg

Finale Fassung, Januar 2021

IHK Karlsruhe / GB 3 / Linda Jeromin

Energiewende-Barometer



Beurteilung der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die Berechnung der Barometerwerte erfolgt anhand der Skala -100 (sehr negativ), -50 (negativ), 0 (neutral), +50 (positiv), +100 (sehr positiv) und ist das gewichtete Mittel¹ daraus.

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Deutschland gesamt	-12,3	-10,7	-12,9	-3,4	0,8	1,0	-4,9	-3,0	-2,5
Baden-Württemberg gesamt	-9,2	-6,0	-10,1	4,1	3,3	2,9	-2,4	-2,3	-2,6
Deutschland Industrie	-26,5	-26,9	-30,3	-20,6	-13,3	-11,6	-13,9	-19,0	-19,7
Baden-Württemberg Industrie	-16,9	-20,7	-30,7	-14,6	-8,2	-4,3	-10,9	-17,4	-18,2

Die Unternehmen in Baden-Württemberg sehen die Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit ebenso wie die Unternehmen in Deutschland nur knapp ausgeglichen und bestätigen die Bewertung der beiden Vorjahre.

Die Industrie in Baden-Württemberg hingegen kommt zu einer deutlicher pessimistischen Bewertung als die Unternehmen in Baden-Württemberg gesamt und schreibt den negativen Trend seit 2017 fort². Vergleichbares gilt für die Industrie in Deutschland.

¹ Zur Gewichtung: siehe Fußnote 2.

² Da die Verteilung des Antwortpanels über Branchen und Betriebsgrößenklassen nicht der real existierenden Verteilung der IHK-Mitgliedsbetriebe entspricht, wurden die Daten von den absoluten Werten in sogenannte

Im zeitlichen Verlauf von 2012 bis 2018 resultiert bei den Bewertungen für Deutschland und Baden-Württemberg sowohl für die Unternehmen gesamt als auch für die Industrie immer noch in Summe ein positiver Trend. Insgesamt zeigt sich jedoch, dass die Industrie sensibler in ihrer Bewertung reagiert und einen deutlichen Rückgang in den vergangenen drei Jahren ausweist.

Der DIHK stellt in seiner Veröffentlichung zur aktuellen Befragung heraus:

„Insgesamt bewerten die Betriebe die Energiewende weiterhin eher als Herausforderung und weniger als Chance für die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Auf einer Skala von minus 100 ("sehr negativ") bis plus 100 ("sehr positiv") liegt der Barometerwert über alle Branchen hinweg 2020 bei minus 2,5. Bau (plus 10) und Dienstleister (plus 6) nehmen eine eher positive Einschätzung vor. Der Handel (minus 4) und vor allem die Industrie (minus 19) sind hingegen in ihrer Beurteilung kritisch. Hintergrund sind die hohen Energie- und vor allem Stromkosten in Deutschland. Sie bereiten den energieintensiveren Branchen im internationalen und europäischen Wettbewerb Schwierigkeiten.“

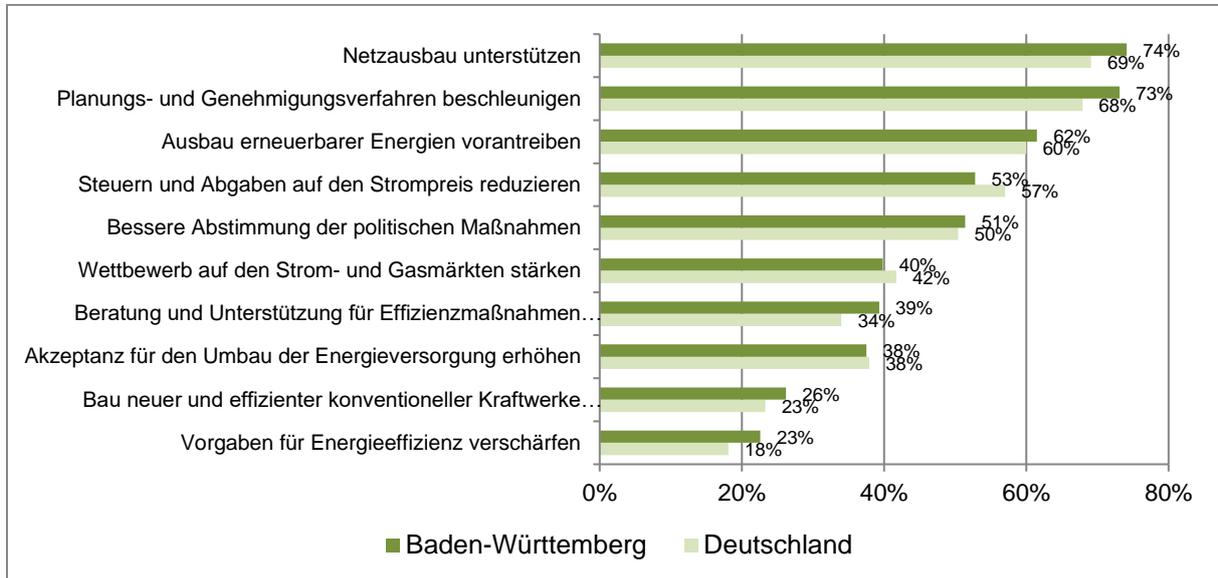
Schlussfolgerungen:

Die Bewertung durch die Industrie bleibt deutlich im Negativen und zeigt, dass dort weiterhin keine Verbesserung bei den energiepolitischen Rahmenbedingungen gesehen wird. Für die Unternehmen in Deutschland als auch in Baden-Württemberg gesamt halten sich Vertrauen und Sorgen bezüglich der Verlässlichkeit der Energiepolitik in etwa die Waage.

Es gilt weiterhin: Die Energiewende beeinflusst die Wettbewerbsfähigkeit der Industrieunternehmen deutlich negativ. Energiepolitische Maßnahmen müssen daher stärker die Auswirkungen auf den Industriestandort berücksichtigen.

„gewichtete Werte“ umgerechnet. Die Gewichtung legt die Verteilung in Deutschland zugrunde, wird aber auch für die Regional- bzw. Landesauswertungen genutzt. Daraus ergeben sich für die Baden-Württemberg-Werte leichte Verzerrungen, da der Industrieanteil hier deutlich größer ist als in Deutschland, d. h. der Industrieanteil ist in den Werten für Baden-Württemberg gesamt tendenziell unterrepräsentiert. An den grundsätzlichen Aussagen ändert dies jedoch nichts.

Politische Maßnahmen/Forderungen an die Politik

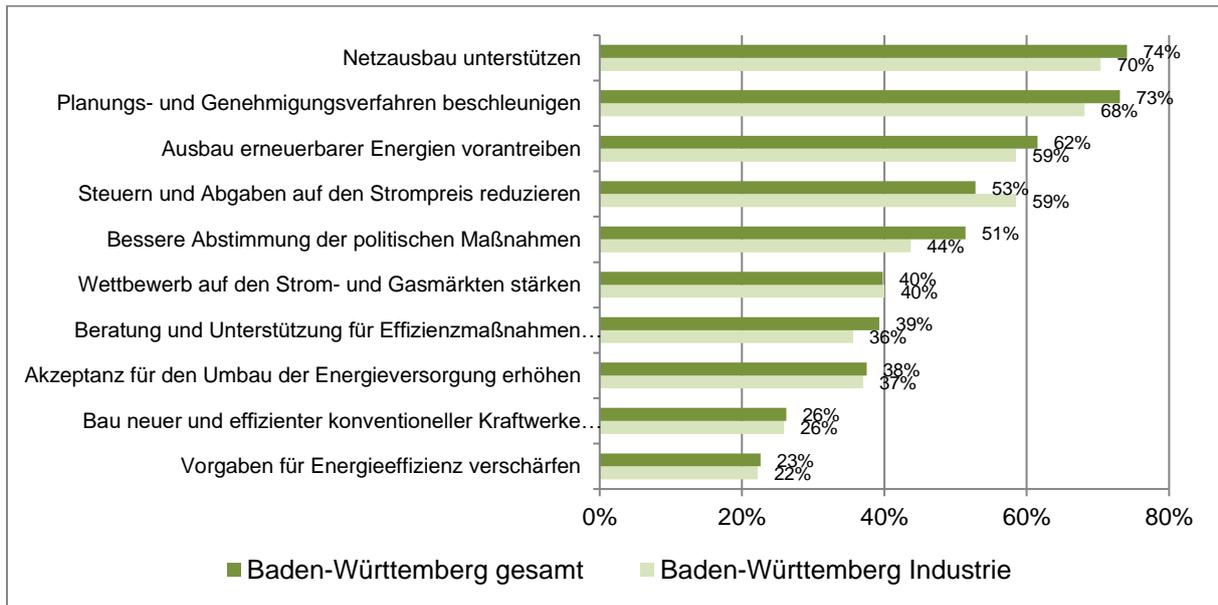


Angaben der Unternehmen in Baden-Württemberg im Vergleich zu den Unternehmen aus Deutschland, welche politischen Maßnahmen ihrer Meinung nach kurzfristig ergriffen werden sollten, um die Energieversorgung sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten, in Prozent der antwortenden Unternehmen, Mehrfachnennungen möglich.

Den Netzausbau zu unterstützen steht für die Unternehmen aus Baden-Württemberg an erster Stelle der Forderungen. Auf den Plätzen folgen die Forderung nach Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und das Vorantreiben des Ausbaus erneuerbarer Energien.

Die Antworten aus Deutschland und Baden-Württemberg unterscheiden sich nicht wesentlich. Die Forderungen nach mehr Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten sowie Reduzierung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis werden in Baden-Württemberg etwas weniger genannt als in Deutschland, alle anderen Forderungen werden etwas häufiger erhoben.

Für die Industrie in Baden-Württemberg genießt die Forderung nach Unterstützung des Netzausbaus ebenso TOP-Priorität, ebenfalls gefolgt von den Forderungen nach Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie das Vorantreiben des Ausbaus erneuerbarer Energien. Deutlich häufiger fordert die Industrie die Reduzierung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis (59 % bei der Industrie in Baden-Württemberg ggü. 53 % Baden-Württemberg gesamt), deutlich weniger die bessere Abstimmung der politischen Maßnahmen (44 % bei der Industrie in Baden-Württemberg ggü. 51 % Baden-Württemberg gesamt).



Angaben der Industriebetriebe in Baden-Württemberg im Vergleich zu den Unternehmen aus Baden-Württemberg gesamt, welche politischen Maßnahmen ihrer Meinung nach kurzfristig ergriffen werden sollten, um die Energieversorgung sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten, in Prozent der antwortenden Unternehmen, Mehrfachnennungen möglich.

Wie in den Vorjahren ist für die Unternehmen aus Baden-Württemberg auch in 2020 die Unterstützung des Netzausbaus die TOP-Forderung an die Politik. Auf dem folgenden Platz 2 findet sich wie im Vorjahr die Forderung nach Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren (2018 Platz 3). Auf den folgenden Plätzen drei bis fünf veränderte sich die Reihenfolge im Vergleich zu den Vorjahren leicht. Die Forderung nach Ausbau der erneuerbaren Energien erreicht erstmals den dritten Platz (2019 Platz 4, 2018 Platz 6).

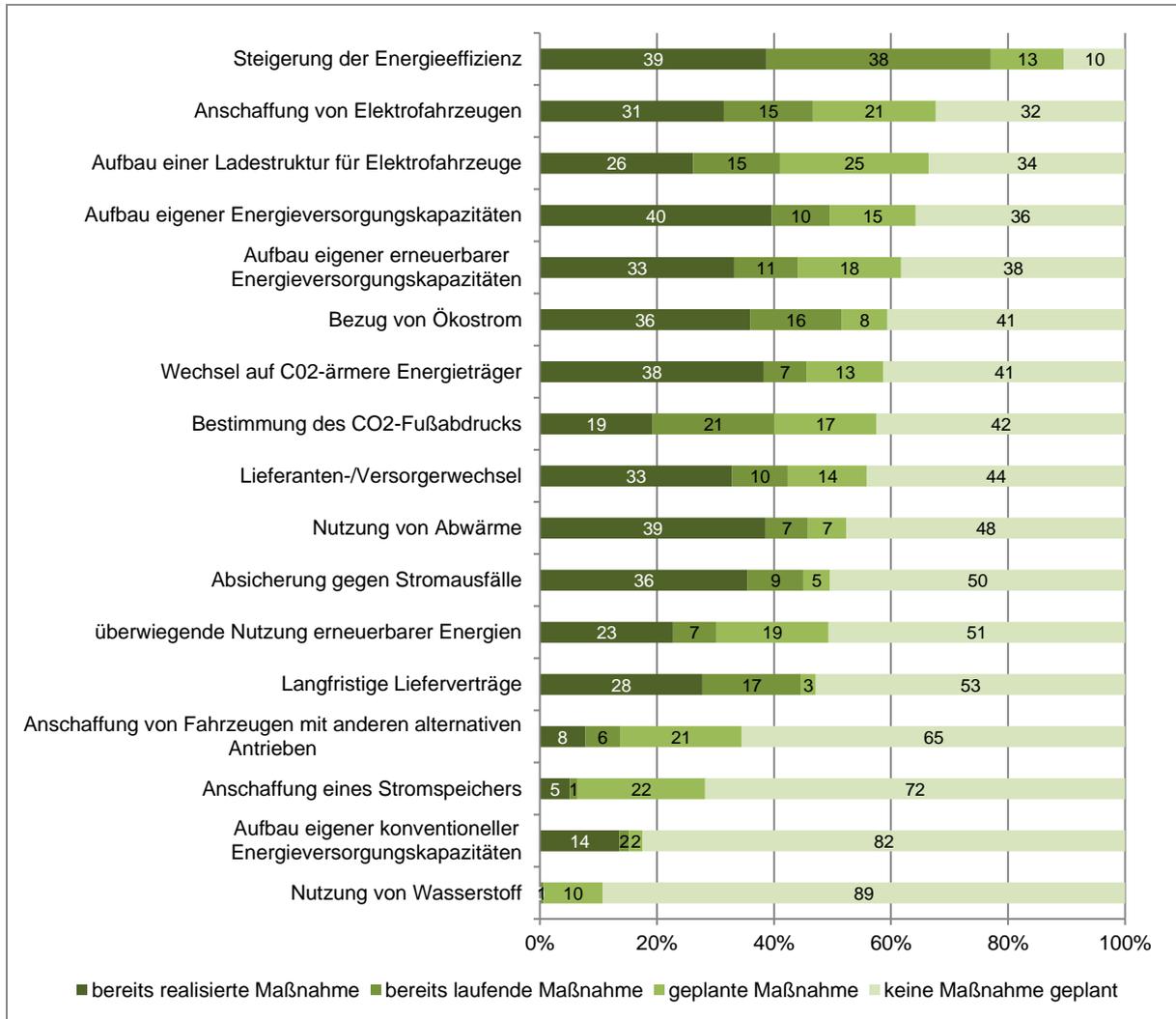
Die Forderung nach besserer Abstimmung der politischen Maßnahmen rutscht auf Rang 5 (2019 Platz 3, 2018 Platz 4), die Forderung nach Reduzierung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis erreicht Platz 4 (2019 Platz 5, 2018 Platz 2).

Schlussfolgerungen:

Nach Auffassung der Unternehmen gibt es bei den energiepolitischen Rahmenbedingungen für die Energiewende noch immer einiges zu tun. Die drei TOP-Forderungen hängen eng zusammen: Nur mit verstärktem Netzausbau kann der Ausbau der Erneuerbaren forciert werden und beide brauchen schnellere Genehmigungsverfahren.

Unter den TOP-Forderungen genießt der Netzausbau und damit die Versorgungssicherheit seit Jahren bei den Betrieben höchste Priorität, nicht nur bei der Industrie.

Maßnahmen, die die Unternehmen ergreifen



Angaben der Unternehmen in Baden-Württemberg, welche Maßnahmen sie ergreifen angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, in Prozent der antwortenden Unternehmen.

Die Unternehmen ergreifen selbst zahlreiche Maßnahmen angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik. Klarer Spitzenreiter sind Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, die am häufigsten als realisiert, laufend oder geplant genannt werden. Nur ein kleiner Teil von 10 % der Unternehmen hat hier nichts unternommen oder geplant. Auf den nächsten Plätzen folgen Maßnahmen, die Elektrofahrzeuge und den Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten betreffen.

Die Angaben der Unternehmen aus Deutschland entsprechen im Wesentlichen denen aus Baden-Württemberg, wobei die hiesigen Unternehmen bei fast allen Maßnahmen diese häufiger als bereits realisiert, laufend oder geplant benennen. Deutlich häufiger als realisiert, laufend oder geplant werden in Baden-Württemberg die Maßnahmen Aufbau eigener erneuerbarer Energieversorgungskapazitäten, Nutzung von Abwärme (beide + 11 Prozentpunkte im Saldo) und Wechsel auf CO2-ärmere Energieträger (+ 9 Prozentpunkte im Saldo) genannt.

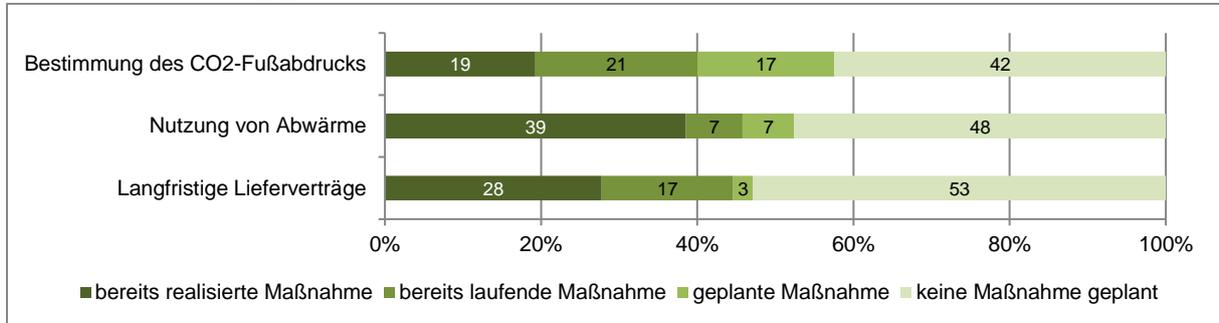
Im Vergleich zwischen den Unternehmen in Baden-Württemberg gesamt und den hiesigen Industriebetrieben zeigen sich einige Unterschiede darin, wie häufig Maßnahmen als realisiert, laufend oder geplant angegeben werden. Wenig überraschend scheint es, dass die Industrie bei der Nutzung von Abwärme (+ 26 Prozentpunkte realisierte, laufende und geplante Maßnahmen gegenüber Baden-Württemberg gesamt), bei der Bestimmung des CO₂-Fußabdrucks (+ 10 Prozentpunkte) und bei der Steigerung der Energieeffizienz (+ 7 Prozentpunkte) sichtbar häufiger Maßnahmen ergreift, als Baden-Württemberg gesamt, da industrielle Prozesse bei diesen Maßnahmen vielfache Ansatzpunkte liefern. Das Gegenteil bei der überwiegenden Nutzung von erneuerbaren Energien: 11 Prozentpunkte weniger realisierte, laufende und geplante Maßnahmen in der Industrie. Auch wenn die Industrie sich zunehmend beim Aufbau eigener erneuerbarer Energieversorgungskapazitäten engagiert, ist die überwiegende Nutzung schwerer zu erreichen, da dem Einsatz Erneuerbarer Energien in industriellen Prozessen insb. in der energieintensiven Industrie engere Grenzen gesetzt sind. D. h., dass Erneuerbare Energien zwar zunehmend aber oft nicht überwiegend genutzt werden können.

Im Vergleich zum Vorjahr fällt auf, dass vor allem diejenigen Maßnahmen, die dem Klimaschutz dienlich sind, sehr viel häufiger von den Unternehmen in Baden-Württemberg in den Blick genommen wurden. Deutlich häufiger als realisiert, laufend oder geplant werden die folgenden Maßnahmen genannt: Aufbau eigener erneuerbarer Energieversorgungskapazitäten, Bezug von Ökostrom (beide + 14 Prozentpunkte im Saldo), Wechsel auf CO₂-ärmere Energieträger, überwiegende Nutzung Erneuerbarer Energien (beide + 13 Prozentpunkte im Saldo), Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten (+12 Prozentpunkte im Saldo), Aufbau einer Ladestruktur für Elektrofahrzeuge (+11 Prozentpunkte im Saldo) und Anschaffung von Elektrofahrzeugen (+ 9 Prozentpunkte im Saldo).

In der in 2020 durchgeführten Befragung (Corona-bedingt später und gekürzt) waren die in den Vorjahren enthaltenen Maßnahmen mit Außenwirkung nicht enthalten. Auch entfiel die detailliertere Untersuchung, welche Maßnahmen in den Betrieben ergriffen wurden, um die Energieeffizienz zu steigern.

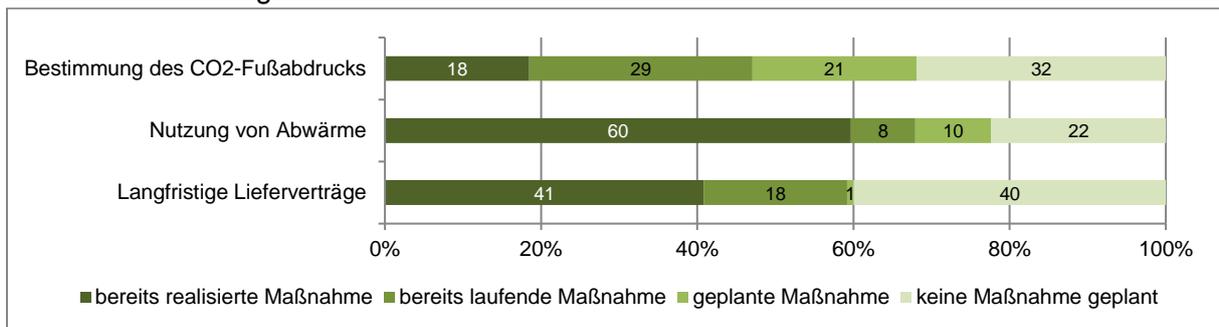
Interne Maßnahmen mit den größten Abweichungen zwischen Baden-Württemberg gesamt und der Industrie in Baden-Württemberg im Vergleich

Baden-Württemberg gesamt



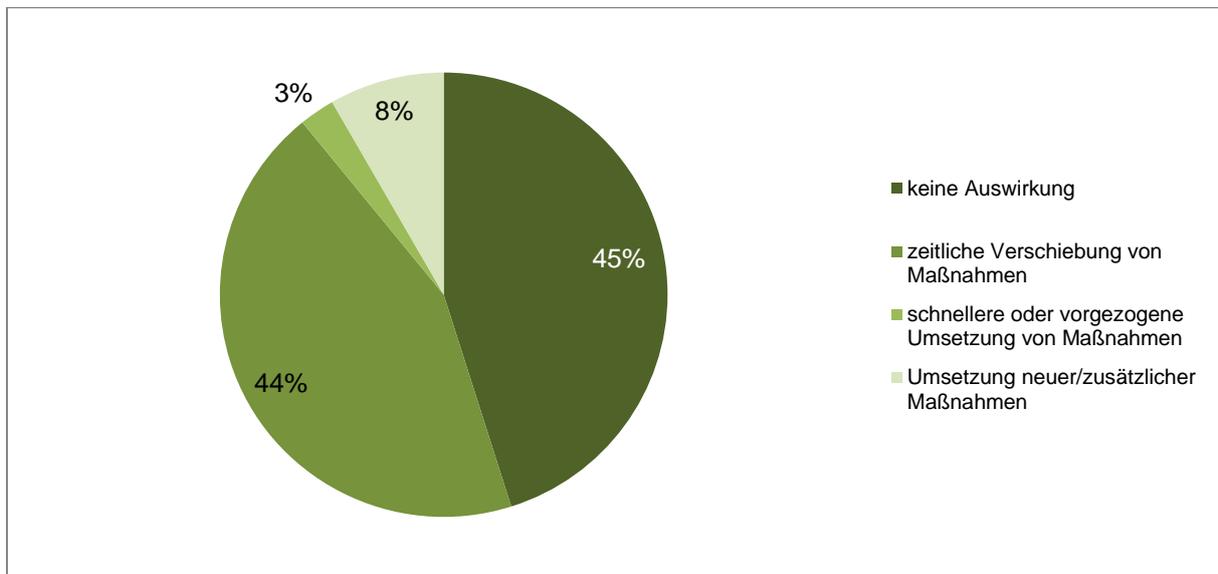
Angaben der Unternehmen in Baden-Württemberg, welche internen Maßnahmen sie ergreifen, angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, in Prozent der antwortenden Unternehmen.

Baden-Württemberg Industrie



Angaben der Industriebetriebe in Baden-Württemberg, welche internen Maßnahmen sie ergreifen, angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, in Prozent der antwortenden Unternehmen.

Auswirkungen der Corona-Krise auf Maßnahmen der Unternehmen



Angaben der Unternehmen in Baden-Württemberg, inwieweit sich die Corona-Krise auf die Maßnahmen der Unternehmen für Klimaschutz und Energiewende auswirkt, in Prozent der antwortenden Unternehmen.

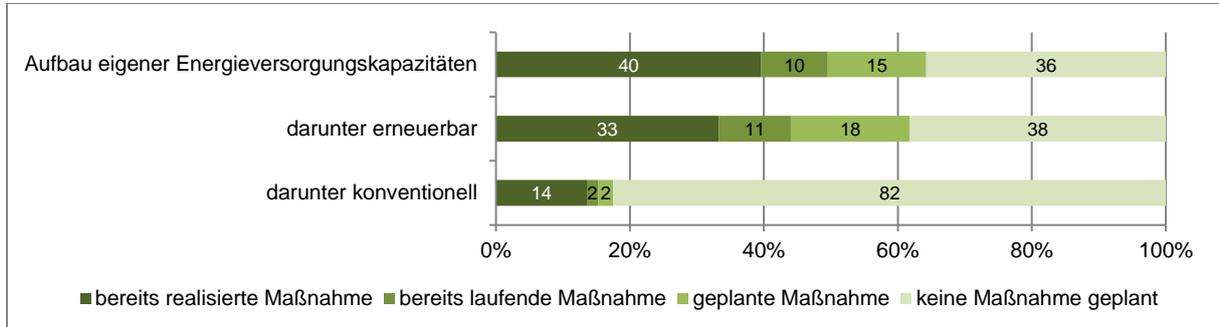
Immerhin für 45 % der Unternehmen in Baden-Württemberg hat Corona keine Auswirkungen auf Klimaschutz- und Energiewendemaßnahmen. Schnellere Umsetzung oder zusätzliche Maßnahmen sind zusammen für 11 % der Betriebe ein Ergebnis der Krise. 44 % entscheiden sich für die Verschiebung von Maßnahmen.

In Deutschland ist der Anteil der Unternehmen, für die Corona keine Auswirkungen auf die Maßnahmen hat, mit 56 % sichtbar größer. Der Anteil der Betriebe, die zeitliche Verschiebungen vornehmen, mit ist 36 % dagegen kleiner.

39 % der Industriebetriebe in Baden-Württemberg geben an, dass Corona keine Auswirkungen auf Klimaschutz- und Energiewendemaßnahmen hat. 51 % verschieben Maßnahmen.

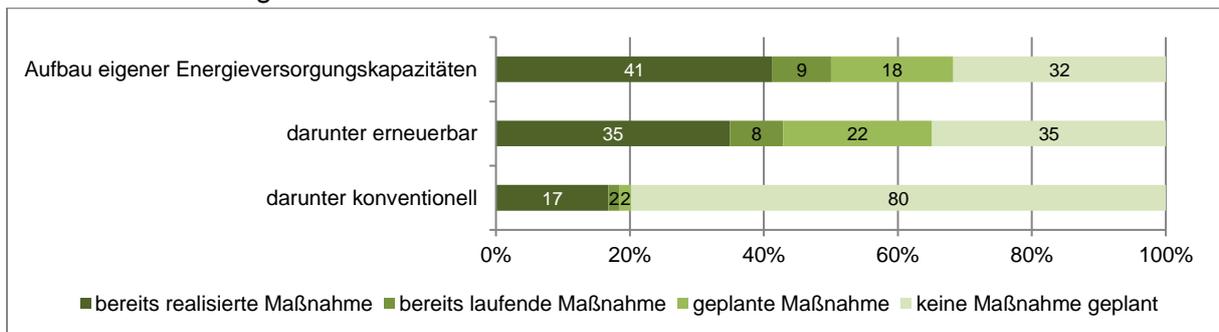
Exkurs Eigenerzeugung

Baden-Württemberg gesamt



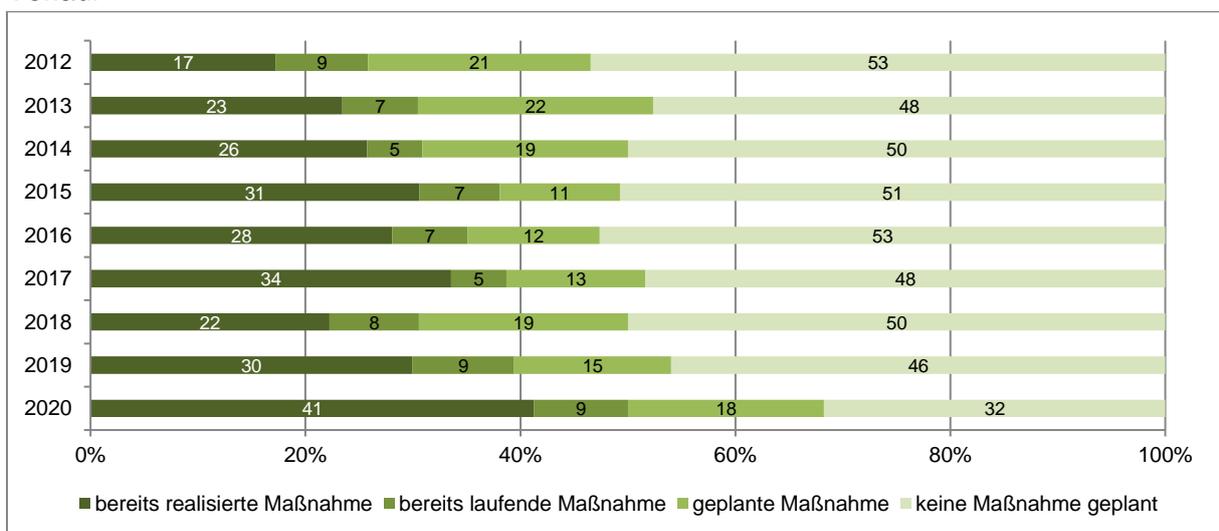
Maßnahmen zum Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten, die die Unternehmen in Baden-Württemberg ergreifen, angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, in Prozent der antwortenden Unternehmen

Baden-Württemberg Industrie



Maßnahmen zum Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten, die die Unternehmen der Industrie in Baden-Württemberg ergreifen, angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, in Prozent der antwortenden Unternehmen

Aufbau eigener Erzeugungskapazitäten in der Industrie in Baden-Württemberg im zeitlichen Verlauf



Maßnahmen zum Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten im zeitlichen Verlauf, die die Unternehmen der Industrie in Baden-Württemberg ergreifen, angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, in Prozent der antwortenden Unternehmen

Für 64 % der Unternehmen in Baden-Württemberg ist der Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten bereits realisierte, laufende oder geplante Maßnahme, erneuerbare Energien werden gegenüber konventionellen bevorzugt. In Deutschland ist der Anteil an Unternehmen, die den Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten realisiert, laufend oder geplant haben, mit 54 % niedriger.

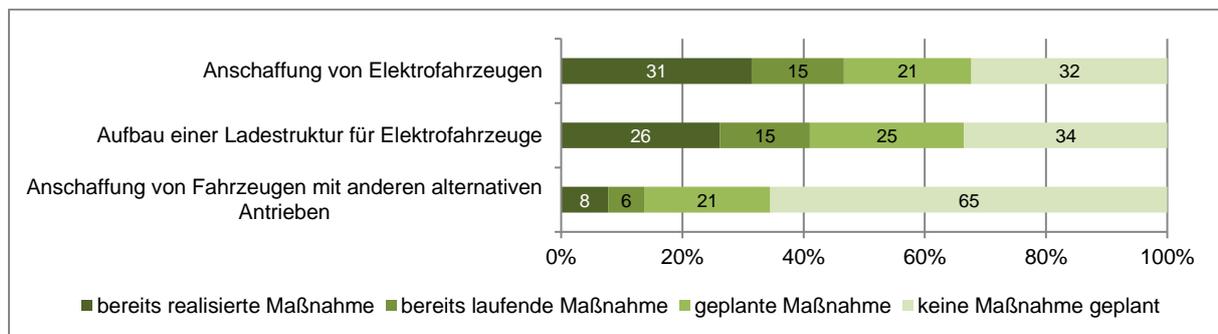
Bei der Industrie in Baden-Württemberg ist der Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten für 68 % der Antwortenden realisierte, laufende oder geplante Maßnahme. Auch bei der Industrie werden Erneuerbare Energien stärker fokussiert als konventionelle Kapazitäten.

Im zeitlichen Verlauf zeigt sich, dass sich der Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten sowohl in Baden-Württemberg gesamt als auch in der baden-württembergischen Industrie nach nur schwachen Steigerungsraten von 2012 bis 2019 im letzten Jahr deutlicher angeht.

Schlussfolgerungen:

Fast zwei Drittel der Unternehmen in Baden-Württemberg gesamt befasst sich mittlerweile mit dem Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten, obwohl die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen (unsichere Förderkulisse, Belegung von Eigenerzeugung mit Umlagen, Unklarheit über zukünftige Regelungen etc.) dies weiterhin nicht begünstigen.

Exkurs Fahrzeuge mit alternativen Antrieben



Angaben der Unternehmen in Baden-Württemberg, welche Maßnahmen sie ergreifen, angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, in Prozent der antwortenden Unternehmen.

Für gut zwei Drittel (68 %) der Unternehmen aus Baden-Württemberg ist die Anschaffung von Elektrofahrzeugen bereits realisierte, laufende oder geplante Maßnahme, gleiches gilt für den Aufbau von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge (66 %). Die Anschaffung von Fahrzeugen mit anderen alternativen Antrieben wird mit 35 % seltener als bereits realisierte, laufende oder geplante Maßnahme genannt. Im Vergleich zum Vorjahr werden die erstgenannten Maßnahmen zu Elektrofahrzeugen häufiger realisiert, geplant und ergriffen.

Die Antworten der Unternehmen aus Deutschland liegen unter denen von Baden-Württemberg (60 % realisierte, laufende oder geplante Anschaffung von Elektrofahrzeugen, 59 % realisierte, laufende oder geplanter Aufbau von Ladeinfrastruktur bzw. 34 % realisierte,

laufende oder geplante Anschaffung von Fahrzeugen mit anderen alternativen Antrieben). Aber auch deutschlandweit ist der Trend hin zur Elektromobilität sichtbar.

Im Gegensatz zur Vorjahresumfrage zeigt sich die Industrie in Baden-Württemberg bei der Anschaffung von Elektrofahrzeugen nicht mehr zurückhaltender als Baden-Württemberg gesamt. Mit 65 % geben fast ebenso viele Industriebetriebe an, dass dies realisierte, laufende oder geplante Maßnahme ist, gleichzeitig geben 64 % den Aufbau von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge als realisierte, laufende oder geplante Maßnahme an.

Die Anschaffung von Fahrzeugen mit anderen alternativen Antrieben erreicht bei der Industrie mit 30 % einen etwas geringeren Wert als in Baden-Württemberg gesamt bei den realisierten, laufenden und geplanten Maßnahmen.

Der Eindruck aus der Vorjahresumfrage, dass es zwischen den Branchen größere Unterschiede bei der Nutzung der Elektromobilität gibt, bestätigt sich in 2020 nicht.

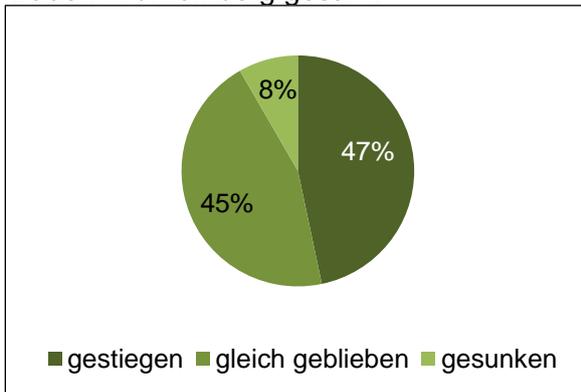
Schlussfolgerungen:

Fast jedes dritte Unternehmen in Baden-Württemberg verfügt bereits über mindestens ein Elektrofahrzeug, ein weiteres Drittel plant die Anschaffung oder setzt diese gerade um. Beim Aufbau von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge zeigen die Betriebe in Baden-Württemberg vergleichbares Engagement wie bei der Anschaffung.

Entwicklung der Energiepreise und Energiekostenanteile

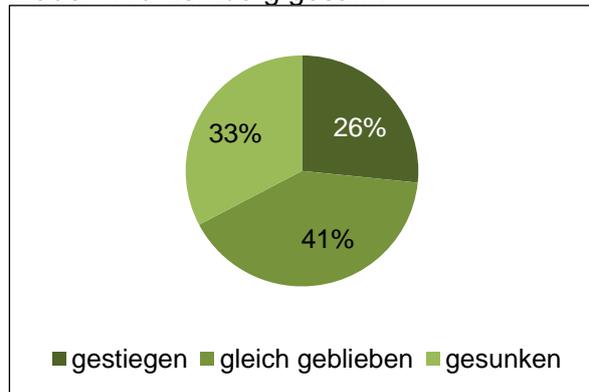
Wie haben sich Ihre Strompreise in den vergangenen 12 Monaten entwickelt?

Baden-Württemberg gesamt

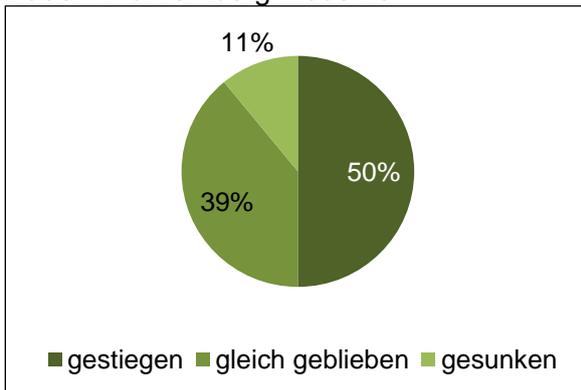


Wie haben sich Ihre Energiepreise in den vergangenen 12 Monaten entwickelt?

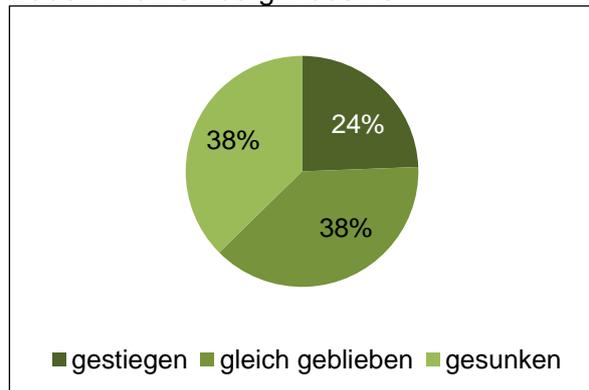
Baden-Württemberg gesamt



Baden-Württemberg Industrie



Baden-Württemberg Industrie



47 % der Unternehmen in Baden-Württemberg und 50 % der Betriebe aus der Industrie geben an, dass ihre Strompreise in den vergangenen 12 Monaten gestiegen sind. Zugleich profitieren 8 % der Betriebe in Baden-Württemberg gesamt sowie 11 % in der Industrie von gesunkenen Strompreisen. In Deutschland ergibt sich bei den Strompreisen fast das gleiche Bild.

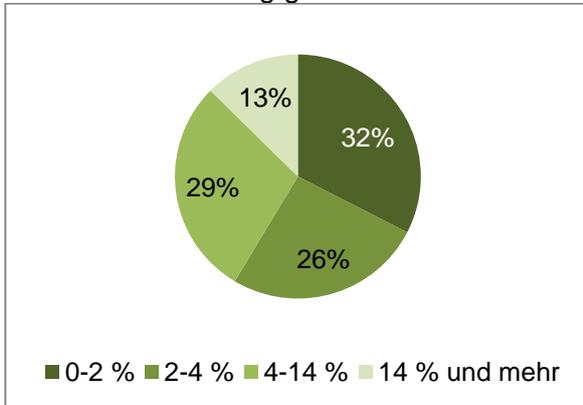
Bei den Energiepreisen geben 26 % der Unternehmen in Baden-Württemberg sowie 24 % der Industriebetriebe an, dass diese in den vergangenen 12 Monaten gestiegen sind. Dagegen profitieren mehr Betriebe von gesunkenen Energiepreisen (33 % in Baden-Württemberg gesamt und 38 % in der hiesigen Industrie). Auch hier gibt es sehr vergleichbare Ergebnisse aus Deutschland.

Schlussfolgerungen:

Die Mehrheit der Unternehmen verzeichnet steigende Stromkosten, bei bereits im internationalen Vergleich hohem Kostenniveau. Im Gegensatz zu den Stromkosten schlagen sich gesunkene Großhandelspreise bei den Energiekosten in Teilen nieder.

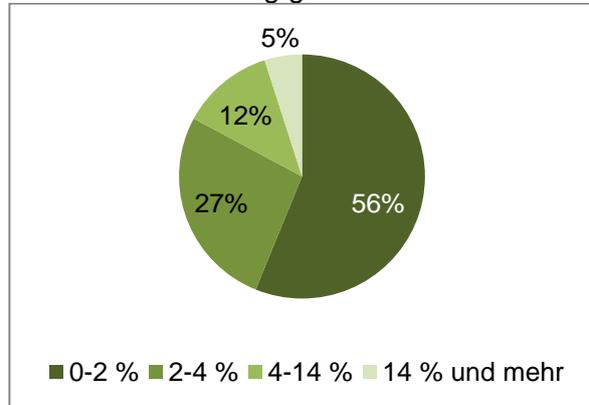
Wie hoch ist der Anteil der Energiekosten insgesamt am Umsatz?

Baden-Württemberg gesamt

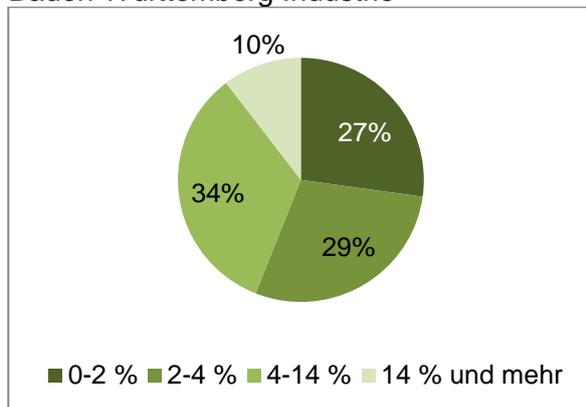


Wie hoch ist der Anteil der Stromkosten am Umsatz?

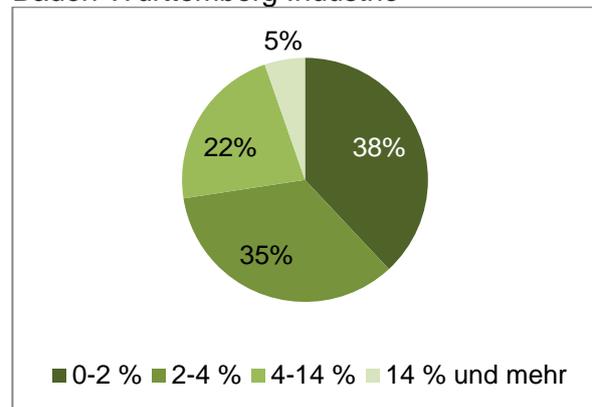
Baden-Württemberg gesamt



Baden-Württemberg Industrie



Baden-Württemberg Industrie

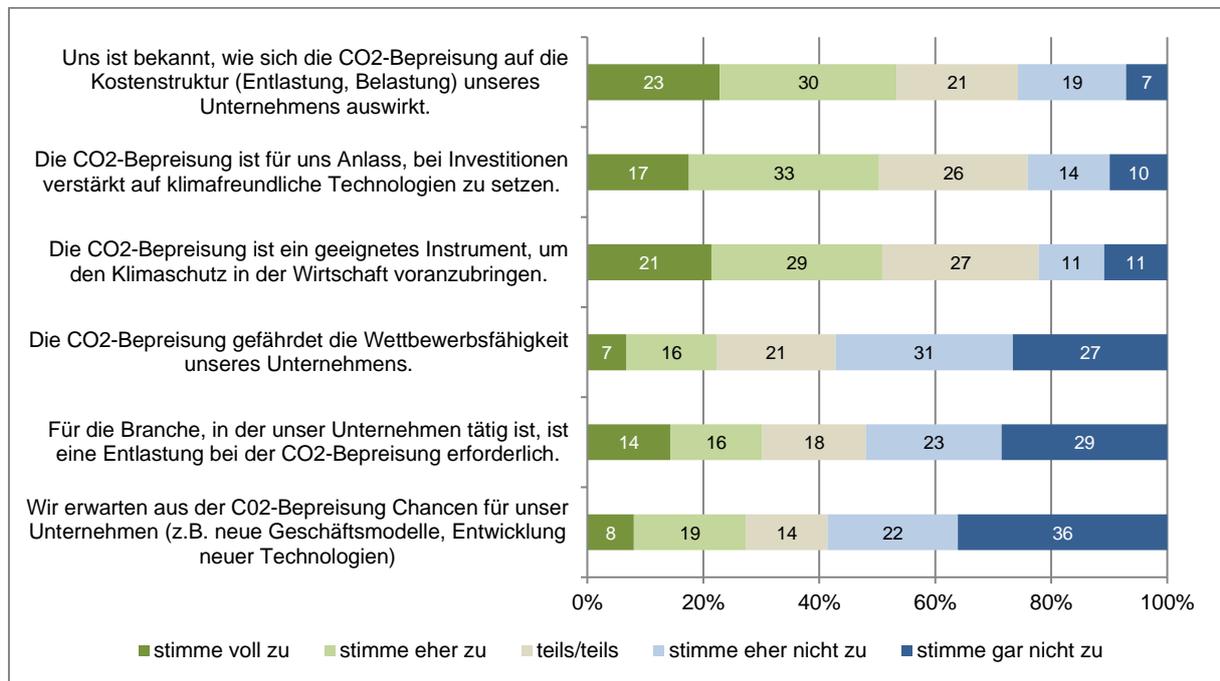


Energiekosten- sowie Stromkostenanteile haben sich bei den Unternehmen aus Baden-Württemberg im Vergleich zur Vorjahresumfrage eher wenig verändert.

Der Anteil an Unternehmen, deren Energiekostenanteil > 4 % vom Umsatz ausmacht, ist von 36 % in 2019 auf 42 % in 2020 gestiegen.

Etwas anders zeigt sich der Vorjahresvergleich bei den Industriebetrieben aus Baden-Württemberg. Bei den Energiekosten haben in 2020 44 % der Betriebe einen Energiekostenanteil > 4 % am Umsatz, 2019 waren es 32 %. Bei den Stromkosten steigt der Anteil der Unternehmen mit Stromkosten > 4 % am Umsatz von 26 % in 2019 auf 27 %.

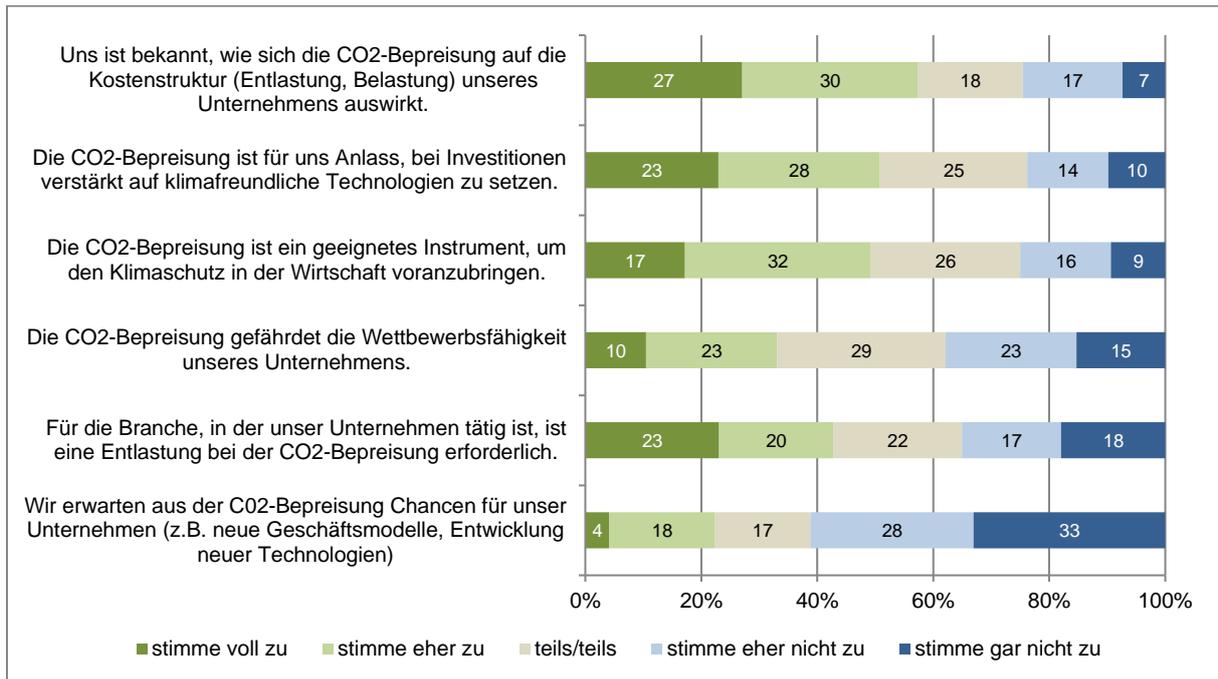
Bewertung der CO₂-Bepreisung auf Brennstoffe ab 2021



Angaben der Unternehmen in Baden-Württemberg zu der Bewertung der CO₂-Bepreisung und zu den Auswirkungen auf das eigene Unternehmen, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen.

Die Hälfte der Unternehmen in Baden-Württemberg (Summe aus „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“) sieht in der CO₂-Bepreisung ein geeignetes Instrument, um den Klimaschutz in der Wirtschaft voranzubringen. Etwas mehr (53 %) sagen, dass ihnen bekannt ist, wie sich die CO₂-Bepreisung auf die Kostenstruktur des eigenen Unternehmens auswirkt. Knapp ein Viertel (23 %) sieht die eigene Wettbewerbsfähigkeit gefährdet. Mit 30 % etwas mehr Betriebe fordern eine Entlastung bei der CO₂-Bepreisung für die eigene Branche. Während 50 % der Unternehmen die CO₂-Bepreisung zum Anlass für verstärkte Investitionen in klimafreundliche Technologien nehmen, erwarten hingegen nur 27 % der Antwortenden, dass sich daraus auch Chancen für das eigene Unternehmen ergeben.

Im Vergleich zu den Antworten aus Deutschland zeigen sich eher marginale Unterschiede. So ist der Anteil der Unternehmen, die in der CO₂-Bepreisung kein geeignetes Klimaschutz-Instrument sehen (Summe aus „stimme gar nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“), in Deutschland etwas höher (27 %) als in Baden-Württemberg (22 %). Auch sehen die hiesigen Betriebe mit 27 % der Nennungen etwas mehr Chancen (Summe aus „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“), als deutschlandweit mit 22 %.



Angaben der Industrie-Betriebe in Baden-Württemberg zu der Bewertung der CO2-Bepreisung und zu den Auswirkungen auf das eigene Unternehmen, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen.

Auch in der Industrie in Baden-Württemberg wird von fast der Hälfte der Antwortenden (Summe aus „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“) die CO2-Bepreisung als ein geeignetes Klimaschutzinstrument betrachtet. Etwas mehr Unternehmen aus der Industrie im Vergleich zu Baden-Württemberg gesamt geben an, die Auswirkungen auf die Kostenstruktur des eigenen Unternehmens zu kennen, zugleich sehen mit einem Drittel auch mehr Industriebetriebe die eigene Wettbewerbsfähigkeit gefährdet (ggü. 23 % in Baden-Württemberg gesamt für die Summe aus „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“) und fordern eine Entlastung der eigenen Branche (43 %).

Schlussfolgerungen:

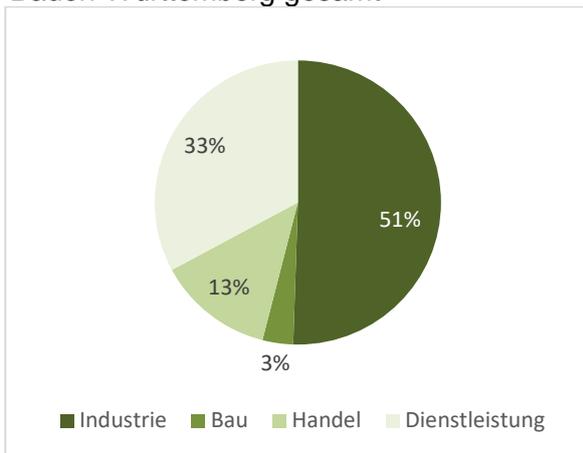
Die CO2-Bepreisung erfährt Zustimmung von jedem zweiten Unternehmen, obwohl nur ein Viertel gleichzeitig Chancen für den eigenen Betrieb erwartet. Allerdings glaubt nur gut die Hälfte der Unternehmen die künftige Kostenbelastung zu kennen.

Die Industrie sieht stärker die eigene Wettbewerbsfähigkeit gefährdet und fordert Entlastung.

Allgemeine Angaben

Die Befragung wurde vom 12. bis 30. Oktober 2020 durchgeführt. Deutschlandweit haben 2599 Unternehmen auf die Befragung geantwortet, in Baden-Württemberg waren es 289 Unternehmen, das ist ein Anteil von 11,1 %. 146 Industrie-Unternehmen haben aus Baden-Württemberg geantwortet, das sind 50,5 % der Baden-Württemberg-Antworten.

Antworten nach Branchen
Baden-Württemberg gesamt



Antworten nach Betriebsgrößenklassen
Baden-Württemberg gesamt

